

Werner Münzenmaier¹

Daten zu einer Beurteilung des materiellen und immateriellen Wohlstands in den 15 Großstädten Deutschlands

Indikatorenset zur umfassenden Messung des Wohlstands in Großstädten umfasst 9 Indikatoren

In Wissenschaft und Politik wird seit einiger Zeit die Frage diskutiert, ob beziehungsweise wie das Bruttoinlandsprodukt als weitgehend anerkanntes Maß für Wirtschaftskraft und materiellen Wohlstand durch weitere Größen ergänzt werden soll, um Wohlfahrt und Wohlstand in der Gesellschaft umfassend beschreiben zu können.² In Heft 3/2011 dieser Schriftenreihe wurde diese Diskussion mit Blick auf größere Städte aufgegriffen.³ In Anlehnung an das sogenannte „Wohlstandsquartett“ des „Denkwerks Zukunft“⁴ wurde ein Indikatorenset vorgestellt, das einen ersten Ansatz zur Messung des entsprechend umfassend definierten Wohlstands in Großstädten erlauben könnte. Im Einzelnen wurden neun Indikatoren ausgewählt, die in Tabelle 1 zusammengestellt sind. Sie stehen für insgesamt fünf Kategorien und werden nachfolgend für die 15 größten Städte Deutschlands mit jeweils mehr als 500 000 Einwohnern näher analysiert. Die Reihenfolge der Städte in Tabelle 1 entspricht ihrer Einwohnerzahl im Jahr 2009.

Tabelle 1: Sozio-ökonomische Indikatoren deutscher Großstädte

Stadt	Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen	Primär-einkommen	Verfügbares Einkommen	Armutgefährdungsquote auf der Basis von		Armut ist in der Stadt ein Problem	Ausländer sind in der Stadt gut integriert	Kommunale Schulden je Einwohner ¹ am 31. Dezember	Anteil Siedlungs- und Verkehrsflächen an der Gesamtfläche			
				der privaten Haushalte je Einwohner								
		2008		2009								
	€ je Erwerbstätigen	€ je Einwohner		%		Punkte ²	€ je Einwohner	%				
Berlin	54 080	17 262	15 736	19,0	14,1	17	32	•	69,9			
Hamburg	78 519	28 462	23 455	14,0	18,0	30	45	•	59,5			
München	77 338	31 892	23 145	10,9	17,6	46	57	2 715,8	74,7			
Köln	65 056	25 014	20 209	17,4	18,9	30	55	3 321,7	60,9			
Frankfurt/Main	86 805	25 508	18 678	14,7	18,1	29	48	2 007,2	57,6			
Düsseldorf	88 017	28 759	22 553	14,1	16,5	44	56	395,9	59,2			
Stuttgart	73 005	28 397	22 299	14,7	19,5	51	62	1 008,4	51,3			
Hannover	68 680	21 923	18 515	21,6	20,6	•	•	4 040,3	68,0			
Nürnberg	63 072	22 635	19 066	17,8	16,4	39	56	3 276,1	58,8			
Bremen	72 254	24 144	21 590	19,5	16,7	•	•	•	58,1			
Essen	71 269	22 042	19 147	16,8	17,4	30	42	1 850,6	67,7			
Dresden	50 194	17 160	15 820	19,3	16,3	•	•	95,3	39,9			
Dortmund	64 171	19 584	17 343	22,2	17,7	18	38	2 001,4	58,9			
Leipzig	47 426	15 123	14 791	27,2	19,1	31	51	1 404,3	49,5			
Duisburg	68 500	17 862	16 133	22,9	14,4	•	•	2 433,6	60,7			
Deutschland	61 963	22 291	18 974	14,6	•	•	•	987,4	13,2			

¹Ohne Stadtstaaten.

²Je höher der Wert, um so positiver wird die Situation in der Stadt eingeschätzt.

1. Materielles Wohlstands niveau (ökonomische Dimension)

Problemstellung

Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner (EW) für Städte mit Zentralitätsfunktion wenig aussagefähig

Im Einzelnen werden verwendet ...

... BIP je Erwerbstägigen (ET)

... Primäreinkommen (PEK) der privaten Haushalte je EW

... Verfügbares Einkommen (VEK) der privaten Haushalte je EW

134

Aktuell vorliegende Zahlen für 2008

Strukturbedingt hohes BIP je ET in Düsseldorf und Frankfurt ...

... sowie in Hamburg und München

Stuttgart auf Platz 5 wegen hochtechnisierter Industriebereiche, trotz relativ geringer Bedeutung von Unternehmensdienstleistern

Während für Staaten oder größere Flächenländer das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner den weitgehend anerkannten Indikator für das materielle Wohlstands niveau darstellt, ist diese Pro-Kopf-Größe für Städte höchst problematisch, weil damit eine produktionsortbezogene Größe, das Bruttoinlandsprodukt, auf eine wohnortbezogene Größe, die Zahl der Einwohner, ins Verhältnis gesetzt wird. Gerade im Falle größerer Städte mit wirtschaftlicher Zentralitätsfunktion und hohen Einpenderüberschüssen führt dieser Indikator zur erheblichen Verzerrungen.

Deshalb werden als Repräsentanten der ökonomischen Dimension für Städte insgesamt drei Pro-Kopf-Größen ausgewählt, die seitens der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Stadt- und Landkreise regelmäßig zur Verfügung gestellt werden, nämlich

- das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstägigen als Ausdruck der Wirtschaftskraft der betreffenden Stadt,
- das Primäreinkommen der privaten Haushalte je Einwohner, in dem alle der entsprechenden Bevölkerung zufließenden Einkommen zusammengefasst sind, also Arbeitnehmerentgelt, Selbstständigeneinkommen von Einzelunternehmen und Selbstständigen einschließlich Vergütung für die mithelfenden Familienangehörigen, Betriebsüberschuss aus der Produktion von Dienstleistungen aus eigen genutztem Wohneigentum sowie netto empfangene Vermögenseinkommen.
- das Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner, das sich aus dem Primäreinkommen nach Abzug der gezahlten direkten Steuern und Sozialbeiträge beziehungsweise nach Zurechnung der empfangenen Sozialleistungen und sonstigen laufenden Transfers ableitet und somit dem Einkommen entspricht, das den privaten Haushalten für Konsum- oder Sparzwecke letztlich zur Verfügung steht.

Die derzeit aktuell vorliegenden Zahlen für diese drei volkswirtschaftlichen Indikatoren beziehen sich auf das Jahr 2008. In den Abbildungen 1 bis 3 sind die entsprechenden Pro-Kopf-Werte für die fünfzehn Städte Deutschlands mit mehr als 500 000 Einwohnern dargestellt, und zwar geordnet nach der Höhe des jeweiligen Indikators.

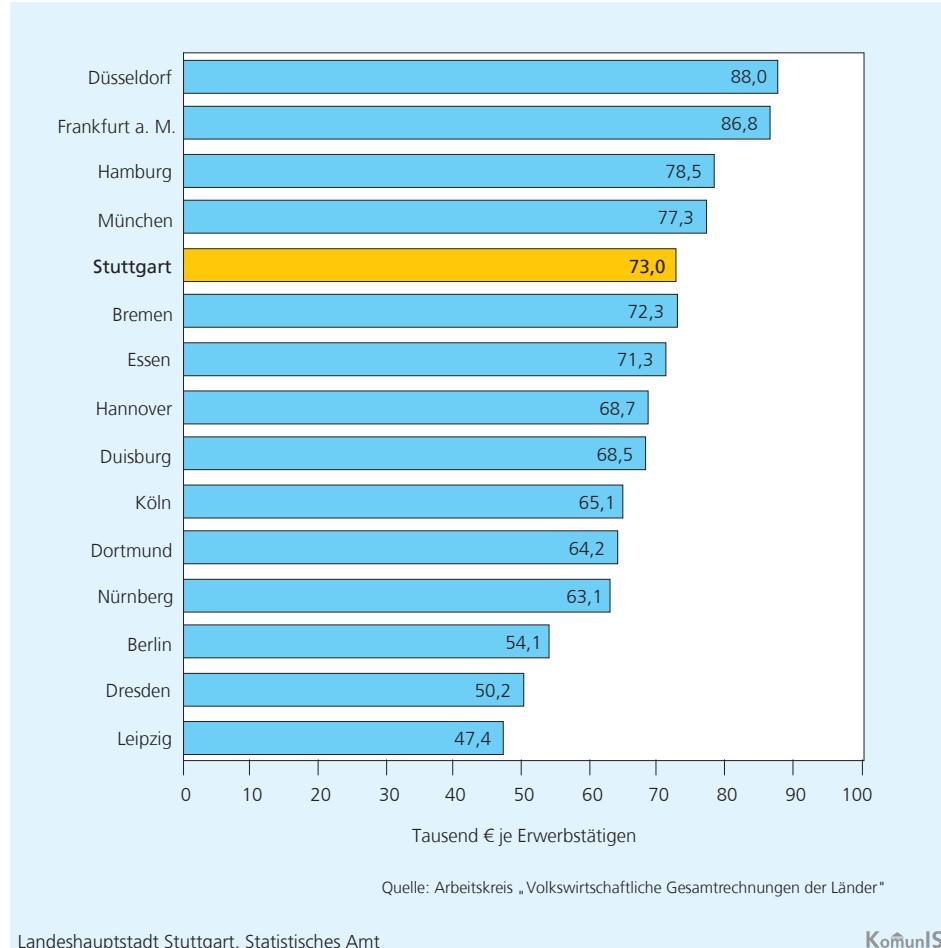
Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstägigen

Die höchste Wirtschaftskraft, gemessen am Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstägigen (vgl. Abbildung 1), hatten 2008 die Städte Düsseldorf und Frankfurt am Main mit 88 000 beziehungsweise 86 800 € je Erwerbstägigen aufzuweisen. Ausschlaggebend für diese Spitzenwerte ist insbesondere die hohe Kapitalintensität der in beiden Städten stark vertretenen unternehmensnahen Dienstleistungen, nämlich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister; hinzu kommt, vor allem in Frankfurt, die ebenso kapitalintensive Luftfahrt.⁵

Eine hohe Verankerung im Bereich der unternehmensbezogenen Dienstleistungen sowie der Luftfahrt spiegelt auch die mit 78 500 beziehungsweise 77 300 € je Erwerbstägigen hohe Arbeitsproduktivität für die Städte Hamburg und München wider, wobei im Falle von Hamburg noch die kapitalintensiven Wirtschaftsbereiche Schifffahrt und Mineralölverarbeitung hinzu kommen.

Im Vergleich zu diesen vier Städten fällt Stuttgart mit einem Bruttoinlandsprodukt von 73 000 € je Erwerbstägigen etwas zurück. Dies ist auf einen im Verhältnis zu den genannten vier Städten geringen Anteil des kapitalintensiven Bereichs

Abbildung 1: Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstäigen in Städten mit mehr als 500 000 Einwohnern 2008



Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister zurückzuführen, was durch die ebenfalls hohe Produktivität der für die baden-württembergische Landeshauptstadt kennzeichnenden hochtechnisierten Bereiche des Verarbeitenden Gewerbes – mit starker Ausrichtung auf die Investitionsgüterproduktion – nur teilweise ausgeglichen wird.

Noch hohes BIP je ET in Bremen ...

Die mit 72 300 € je Erwerbstäigen ebenfalls recht hohe Arbeitsproduktivität in Bremen erklärt sich vor allem durch den dort stark vertretenen Bereich Grundstücks- und Wohnungswesen sowie die Schifffahrt.

... und in Essen ebenfalls strukturbedingt

Die auch in Essen mit 71 300 beachtliche Wirtschaftskraft lässt sich – zusätzlich zu einer überdurchschnittlichen Bedeutung unternehmensnaher Dienstleistungen – durch den hohen Anteil der kapitalintensiven Energieversorgung erklären.

Große Bedeutung öffentlicher und privater Dienstleister sowie des Baugewerbes bedingen niedrige Wirtschaftskraft in Berlin, Dresden und Leipzig

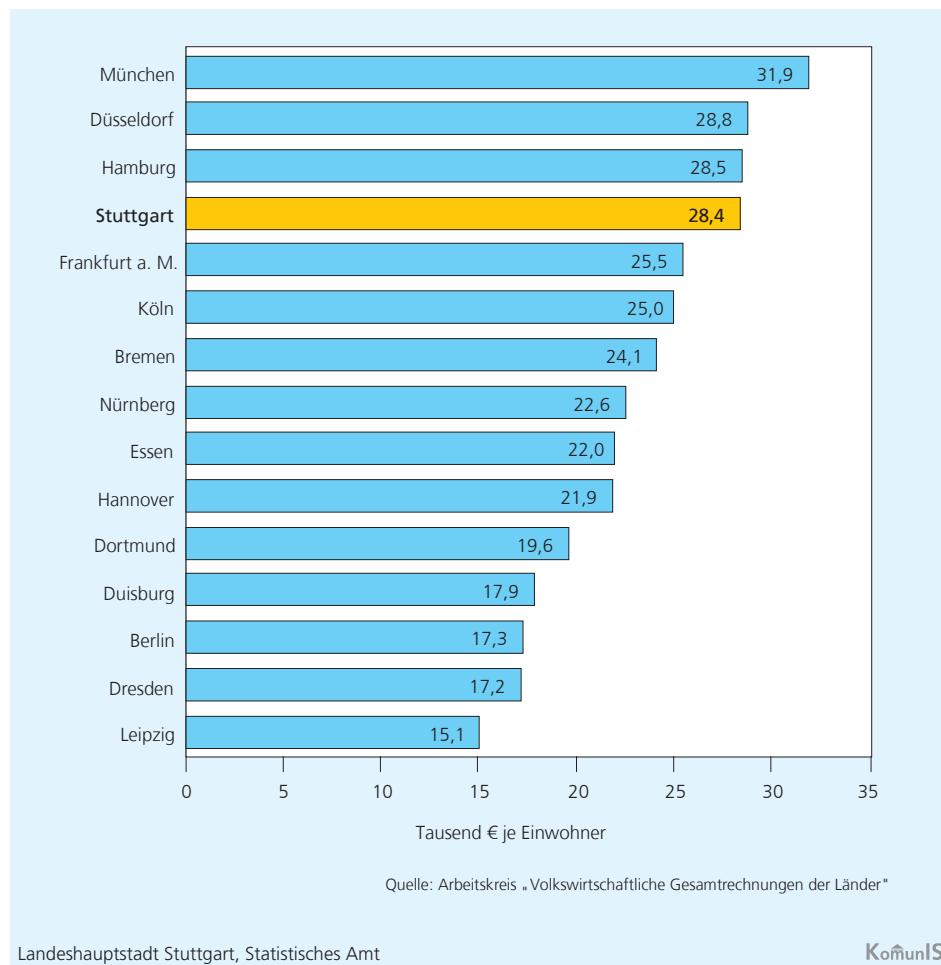
Die geringste Wirtschaftskraft wurde für 2008 in den beiden sächsischen Städten Leipzig und Dresden mit 47 400 beziehungsweise 50 200 € je Erwerbstäigen gemessen, außerdem in der Bundeshauptstadt Berlin mit 54 100 € je Erwerbstäigen. Hier spielt die starke Ausrichtung auf Wirtschaftsbereiche mit geringer Arbeitsproduktivität eine Rolle; das sind zum einen öffentliche und private Dienstleister, also Einrichtungen und Unternehmen in den Bereichen öffentliche Verwaltung, Erziehung und Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen und Ähnliches, zum anderen das ebenfalls arbeitsintensive Baugewerbe.

Primäreinkommen der privaten Haushalte je Einwohner

PEK je EW guter Indikator für materiellen Wohlstand

Mehr noch als das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen als Indikator für die Wirtschaftskraft lässt sich über das Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner der materielle Wohlstand einer Stadt messen. Die Daten für das Primäreinkommen in den Großstädten im Jahre 2008 sind in Abbildung 2 aufgelistet.

Abbildung 2: Primäreinkommen der privaten Haushalte je Einwohner in Städten mit mehr als 500 000 Einwohnern 2008



Städte mit hohem BIP je ET sind auch beim PEK je EW vorne, Stuttgart sogar an 4. Stelle vor Frankfurt

Konzeptionelle Unterschiede: PEK betrachtet nur Einkommen der privaten Haushalte

Umfang der Pendlerbewegungen und Attraktivität einer Großstadt für Bezieher hoher Einkommen entscheidend für die Rangfolge

Im Vergleich zu Abbildung 1 fällt zunächst auf, dass die bei der Wirtschaftskraft stärksten Städte auch beim Primäreinkommen der privaten Haushalte an der Spitze der Großstädte stehen, wenngleich in abgewandelter Reihenfolge. So hat sich München mit 31 900 € je Einwohner relativ deutlich vor Düsseldorf, Hamburg und Stuttgart gesetzt, auf die 28 800, 28 500 beziehungsweise 28 400 € je Einwohner entfallen. Schon etwas abgeschlagen folgt dann die bezüglich der Wirtschaftskraft zweitstärkste Stadt Frankfurt am Main mit 25 500 € je Einwohner.

Bei der Gegenüberstellung beider Größen sind zunächst konzeptionelle Unterschiede zu beachten, so vor allem die Tatsache, dass sich die hier betrachteten Primäreinkommen definitionsgemäß nur auf die privaten Haushalte und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck beziehen. Dies bedeutet vor allem, dass im Vergleich zum Bruttoinlandsprodukt die Einkommen des Staates (z. B. aus Steuern) und von Unternehmen (z. B. in Form von Vermögenseinkommen) außer Acht bleiben, und ebenso keine Abschreibungen enthalten sind.

Mit Blick auf die hier untersuchten Großstädte ist insbesondere zu berücksichtigen, dass beim Übergang von den dort erzielten Einkommen, die in das Bruttoinlandsprodukt einfließen, zu den Einkommen der dort lebenden Menschen im Zuge von

Hohes PEK je EW in München, Düsseldorf, Hamburg und Stuttgart

Geringste PEK je EW in Leipzig, Dresden und Berlin

Rangverbesserung bei PEK je EW gegenüber BIP je ET für Köln, ...

... Rangverschlechterung für Duisburg aufgrund spezifischer Pendlerverhältnisse

VEK je EW als weitere Einkommensgröße

VEK in allen Städten niedriger als PEK

Gleichzeitig Nivellierung der Werte zwischen den Städten

zum Teil recht umfangreichen Pendlerbewegungen erhebliche Einkommen aus den Städten in Umlandgemeinden abfließen. Wie in früheren Untersuchungen gezeigt werden konnte⁶, zeichnen sich unter den 15 großen Städten Deutschlands vor allem Frankfurt am Main, Düsseldorf und Stuttgart durch eine hohe Nettoeinpendlerintensität aus; Hamburg und auch München weisen demgegenüber netto deutlich niedrigere Einpendlerwerte auf. Außerdem haben offensichtlich viele in Frankfurt und auch in Stuttgart beschäftigte und dort gut verdienende Arbeitnehmer einen Wohnort außerhalb der betreffenden Stadt gewählt, während sich München, und mit Abstrichen auch Hamburg und Düsseldorf, durch eine hohe Attraktivität als Wohngemeinde auch für Menschen mit hohen Einkommen auszeichnen. So übertreffen die Primäreinkommen je Einwohner der Städte München, Hamburg und Düsseldorf die Durchschnittseinkommen der Gemeinden in den jeweils umliegenden Regionen, während umgekehrt die Einwohner der Region Stuttgart und vor allem des Planungsverbands Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main höhere Primäreinkommen je Einwohner zu verzeichnen haben als die Städte Stuttgart und Frankfurt selbst.

Jeweils am Ende der Ranking-Skala liegt auch beim Primäreinkommen der privaten Haushalte die Stadt Leipzig, die mit 15 100 € je Einwohner nicht einmal die Hälfte des Einkommensniveaus von München erreicht, davor rangiert Dresden mit 17 200 € je Einwohner und damit nur einem geringen Abstand zu Berlin mit 17 300 € je Einwohner.

Bei den sieben noch nicht genannten Städten, die bei beiden Indikatoren die Plätze 6 bis 12 einnehmen, zeigen sich ebenfalls gewisse Rangverschiebungen. Besonders bemerkenswert ist die Verbesserung von Köln (Wirtschaftskraft Platz 10, Primäreinkommen Platz 6), was unter anderem darauf zurückzuführen sein könnte, dass viele Kölner Einwohner in der Nachbarstadt Leverkusen arbeiten, wo wirtschaftsstrukturbedingt hohe Arbeitnehmerentgelte erzielt werden. Allerdings sind aus der Sicht Kölns auch Einkommensverluste zu verzeichnen, nämlich durch Bewohner umliegender Gemeinden, die in Köln arbeiten und dort recht gut verdienen.

Umgekehrt ist für Duisburg ein Rückgang von Platz 9 bei der Wirtschaftskraft auf Platz 12 beim Primäreinkommen zu verzeichnen, das mit 17 900 € je Einwohner gegenüber den anderen westdeutschen Städten ziemlich abfällt und nur leicht über dem Wert Berlins liegt. Eine Erklärung hierfür ist, dass der Nettopendlersaldo in der Stadt Duisburg – als Teil des großen Wirtschaftsraums Ruhrgebiet – recht gering ist und offensichtlich viele in Duisburg arbeitende, aber in umliegenden Gemeinden wohnende Menschen überdurchschnittlich gut verdienen, während die in Duisburg wohnenden und außerhalb arbeitenden Erwerbstätigen relativ geringere Einkommen erzielen. Die mit Abstand wichtigste Zielgemeinde Duisburger Berufsauspendler ist im Übrigen Düsseldorf.

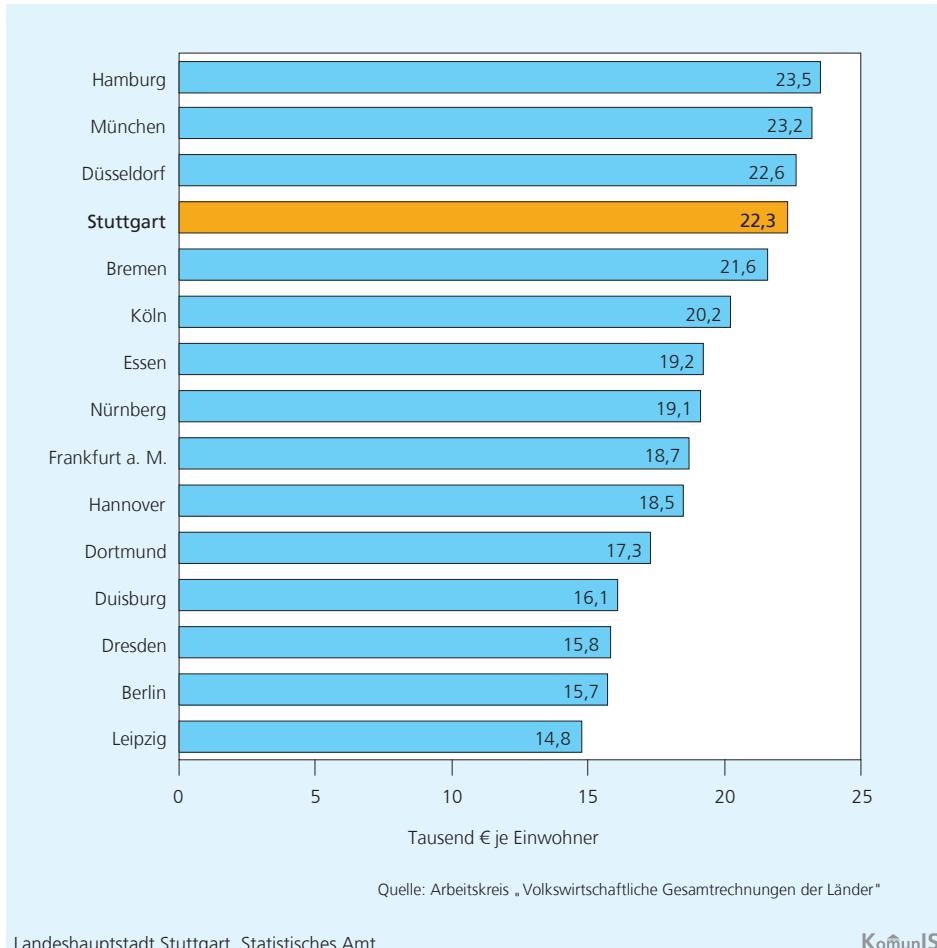
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner

Bei einer Gegenüberstellung des Primäreinkommens (vgl. Abbildung 2) mit dem Verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner (vgl. Abbildung 3) fallen folgende Aspekte auf:

Die Höhe des Verfügbaren Einkommens liegt in allen Städten unter denjenigen des Primäreinkommens je Einwohner; dies bedeutet, dass die von den dort lebenden Menschen gezahlten direkten Steuern und Abgaben die von ihnen empfangenen Sozialleistungen und sonstigen Transfers durchweg übersteigen. Gleichzeitig ist dieser Differenzbetrag – allein schon wegen der Progressivität der Einkommensteuer – in Städten mit hohen Einkommen deutlich stärker ausgeprägt als umgekehrt.

Hieraus ergibt sich für das Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner eine deutliche Nivellierung der Werte für die Städte untereinander mit der Folge, dass sich die Abstände zwischen der Stadt mit dem höchsten und denjenigen mit dem niedrigsten Einkommen stark verringern. So betrug 2008 die Differenz beim

Abbildung 3: Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner in Städten mit mehr als 500 000 Einwohnern 2008



Primäreinkommen der privaten Haushalte je Einwohner zwischen München mit 31 900 und Leipzig mit 15 100 € je Einwohner beachtliche 16 800 € je Einwohner, beim Verfügbaren Einkommen ist der Abstand zwischen Hamburg mit 23 500 und Leipzig mit 14 800 € je Einwohner auf 8700 € je Einwohner zusammengeschmolzen.

Kaum Verschiebungen in der Rangfolge bei ...

... Städten mit hohen ...

In der Reihenfolge der Städte haben sich beim Übergang vom Primäreinkommen zum Verfügbaren Einkommen nur wenige bemerkenswerte Verschiebungen ergeben:

Zunächst ist festzustellen, dass die Städte Hamburg, München, Düsseldorf und Stuttgart auch beim Verfügbaren Einkommen die ersten vier Plätze einnehmen, wobei gleich mit teilweise abweichender Reihenfolge. Stuttgart bleibt in jedem Falle beim Verfügbaren Einkommen mit 22 300 € je Einwohner auf Platz 4.

... und mit niedrigen Einkommen

Ebenso bleibt die Reihenfolge der sechs Großstädte mit den geringsten Einkommen weitgehend unverändert, das heißt hinter den westdeutschen Städten Hannover, Dortmund und Duisburg folgen Berlin und die beiden sächsischen Städte, wobei Dresden sich beim Verfügbaren Einkommen leicht vor Berlin geschoben hat.

Relativ geringe Sozialtransfers zugunsten der Einwohner Frankfurts bewirken dort Rangverschlechterung beim VEK

Besonders ins Auge fällt dagegen der Rangverlust von Frankfurt am Main von Platz 5 beim Primäreinkommen auf Platz 9 beim Verfügbaren Einkommen je Einwohner, während umgekehrt Bremen von Platz 7 auf Platz 5 und Essen von Platz 9 auf Platz 7 vorgerückt sind. Ursächlich hierfür sind verhältnismäßig geringe Sozialtransfers zugunsten der Einwohner Frankfurts, was sich unter anderem aus den, gerade auch im Vergleich zu den beiden anderen genannten Städten, niedrigeren Arbeitslosenquoten und Sozialhilfequoten der hessischen Metropole ablesen lässt.

2. Einkommensverteilung beziehungsweise Armut (sozio-ökonomische Dimension)

Problemstellung

Armutsgefährdungsquoten geben Auskunft über Einkommensverteilung

Statistische Grundlage ist das Netto-äquivalenzeinkommen nach dem Mikrozensus ...

... mit Bedarfsgewichtung der Personen im Haushalt

Konzeptionelle Unterschiede zum VEK der VGR

Armutsgefährdungsschwelle bei 60 % des Medians

Median auf Basis der jeweiligen Stadt ermöglicht Aussagen über Einkommensdisparitäten in der Stadt, ...

Eine wesentliche Kritik am Bruttoinlandsprodukt als Wohlstandsindikator ist, dass diese Größe keine Aussagen über die personelle Einkommensverteilung erlaubt. Oder mit Blick auf die hier zu untersuchende Situation in deutschen Großstädten: Während über die Primäreinkommen und die Verfügbaren Einkommen interregionale Disparitäten zwischen Städten gemessen werden können, muss zur Ermittlung intraregionaler Disparitäten, also zu Fragen der Einkommensverteilung innerhalb der jeweiligen Stadt, ein anderer Maßstab herangezogen werden. Dies wird hier über sogenannte Armutsgefährdungsquoten versucht, die von der amtlichen Statistik über Daten des Mikrozensus zur Verfügung gestellt werden⁷.

Grundlage hierfür sind die Haushaltsnettoeinkommen, aus denen sogenannte bedarfsgewichtete Nettoäquivalenzeinkommen pro Person errechnet werden. Dieses Pro-Kopf-Einkommen berücksichtigt, in welcher Art von Haushalt die betreffende Person lebt. Dazu werden die einzelnen Einkommen der Haushaltsmitglieder zunächst addiert und dann auf diese Personen verteilt. Damit wird unterstellt, dass alle Haushaltsmitglieder den gleichen Wohlstand genießen - ein arbeitsloses Haushaltsmitglied muss deshalb nicht in Armut leben, wenn eine andere Person im Haushalt gut verdient. Außerdem berücksichtigt das Äquivalenzeinkommen die Ersparnis, die ein Mehrpersonenhaushalt gegenüber einem Einpersonenhaushalt hat, weil beispielsweise nur eine Waschmaschine oder eine Küche pro Haushalt benötigt wird. Dieses Einkommenskonzept macht dadurch die Einkünfte von Personen aus Haushalten unterschiedlicher Größe miteinander vergleichbar.

Um die genannte Ersparnis von Mehrpersonen- gegenüber Einpersonenhaushalten zu berücksichtigen, müssen die einzelnen Haushaltsmitglieder unterschiedlich gewichtet werden. Entsprechend einer international abgestimmten Bedarfsgewichtung erhält danach die erste erwachsene Person eines privaten Haushalts ein Bedarfsgewicht von 1, jede weitere Person über 14 Jahren ein Bedarfsgewicht von 0,5 und jede Person unter 14 Jahren ein Bedarfsgewicht von 0,3; für einen Vierpersonenhaushalt mit zwei Kindern unter 14 Jahren ergibt sich hieraus ein Bedarfsgewicht von 2,1. Zur Bestimmung des Nettoäquivalenzeinkommens wird das Haushaltseinkommen durch die Summe der so ermittelten Bedarfsgewichte geteilt; für den genannten Vierpersonenhaushalt mit einem angenommenen monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 4200 € errechnet sich dann ein Nettoäquivalenzeinkommen von 2000 € pro Person.

Das über den Mikrozensus erfragte Nettoeinkommen, das wie ausgeführt die Basis des Nettoäquivalenzeinkommens darstellt, kommt dem Verfügbaren Einkommen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen recht nahe. Zu beachten ist jedoch, dass letzteres nicht nur die Einkommen der privaten Haushalte, sondern auch von privaten Organisationen ohne Erwerbszweck, also zum Beispiel Kirchen, Stiftungen, Verbände und Gewerkschaften, enthält und auch inhaltlich etwas anders abgegrenzt ist; beispielsweise gehören zum Verfügbaren Einkommen auch fiktive Alterssicherungsbeiträge des Staates für Beamte und der Betriebsüberschuss aus der Produktion von Dienstleistungen aus eigengenutztem Wohneigentum.

Über die in der beschriebenen Weise errechneten Nettoäquivalenzeinkommen der privaten Haushalte wird anschließend ein Median ermittelt, also der mittlere Wert einer entsprechend aufsteigend geordneten Datenreihe. Die Armutsgefährdungsschwelle wird in Höhe von 60 Prozent des Medians eines Nettoäquivalenzeinkommens festgelegt.

Die Armutsgefährdungsschwelle der in einer Stadt lebenden Menschen kann nun auf Grundlage der Medianwerte aus dem Äquivalenzeinkommen entweder des nationalen Durchschnitts oder des Durchschnitts der jeweiligen Stadt berechnet

... Median auf Basis des Bundesdurchschnitts hat anders geartete Aussagekraft

Rangfolge der Armutgefährdungsquote auf Basis des Bundesmedians entspricht weitgehend derjenigen beim VEK je EW

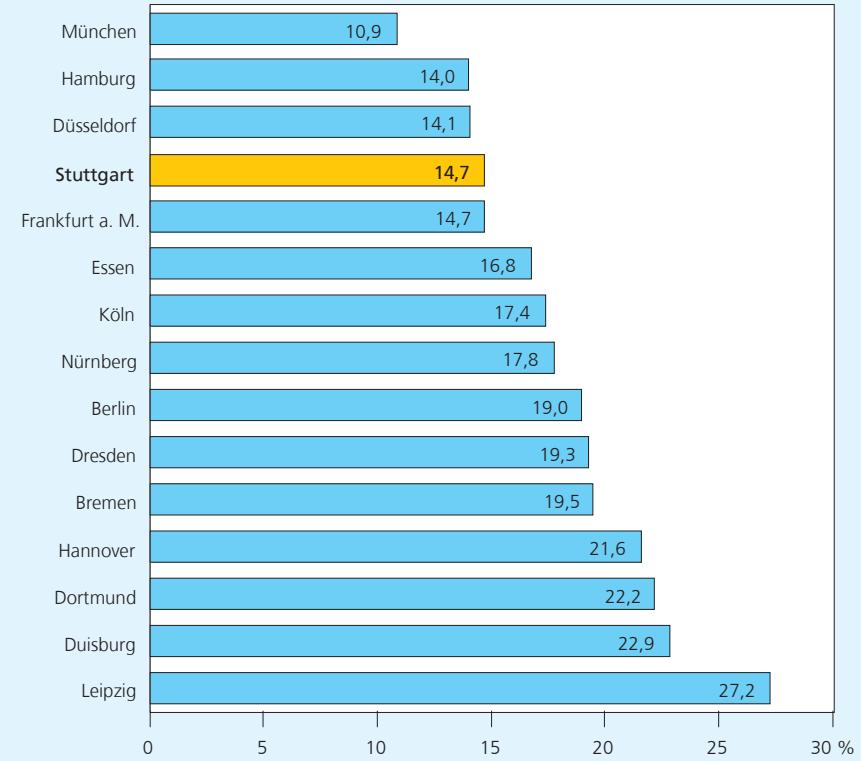
140

werden. Dabei ist der geeignete Maßstab zur Messung der intraregionalen Disparität, also der Einkommensungleichgewichte innerhalb der jeweiligen Stadt, die Orientierung am Median dieser Stadt selbst. Allerdings kann auch der Vergleich mit dem nationalen Durchschnittswert interessante Anhaltspunkte zur Bestimmung der relativen Armut einer Stadt geben.

Armutgefährdungsquote auf Basis des Bundesmedians

Betrachtet man zunächst die Armutgefährdungsquote auf der Basis des Bundesmedians für das Jahr 2009 in Abbildung 4, so überrascht es nicht, dass Städte mit hohem Primäreinkommen oder hohem Verfügbarem Einkommen der privaten Haushalte eine so gemessen niedrige Armutgefährdungsquote aufweisen. Diese Armutgefährdungsquote auf der Basis des Bundesmedians ist bei den vier Städten mit dem höchsten Verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner besonders gering, nämlich in München (10,9 %), Hamburg (14,0 %), Düsseldorf (14,1 %) und Stuttgart (14,7 %). Überraschenderweise gehört auch Frankfurt am Main, das wie Stuttgart eine Quote von 14,7 Prozent aufweist, in diese Kategorie, obwohl die hessische Metropole beim Verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte lediglich Rang 9 einnimmt – im Gegensatz zu Primäreinkommen mit ebenfalls Platz 5.

Abbildung 4: Armutgefährdungsquote in Städten mit mehr als 500 000 Einwohnern auf Basis des Bundesmedians 2009



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder; Mikrozensus

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt

KomunIS

Allerdings haben sich bei der Armutgefährdungsquote Frankfurt, Berlin und Dresden in der Rangfolge merklich verbessert

Auch am unterem Ende der Skala ergeben sich einige Besonderheiten. Zwar weist Leipzig, die Großstadt mit dem geringsten Verfügbaren Pro-Kopf-Einkommen, auch bei der Armutgefährdungsquote auf Basis des Bundesmedians mit 27,2 Prozent den höchsten Wert auf, dagegen haben sich Berlin und Dresden bei so gemessenen Armutgefährdungsquoten in Höhe von 19,0 und 19,3 Prozent recht deutlich nach

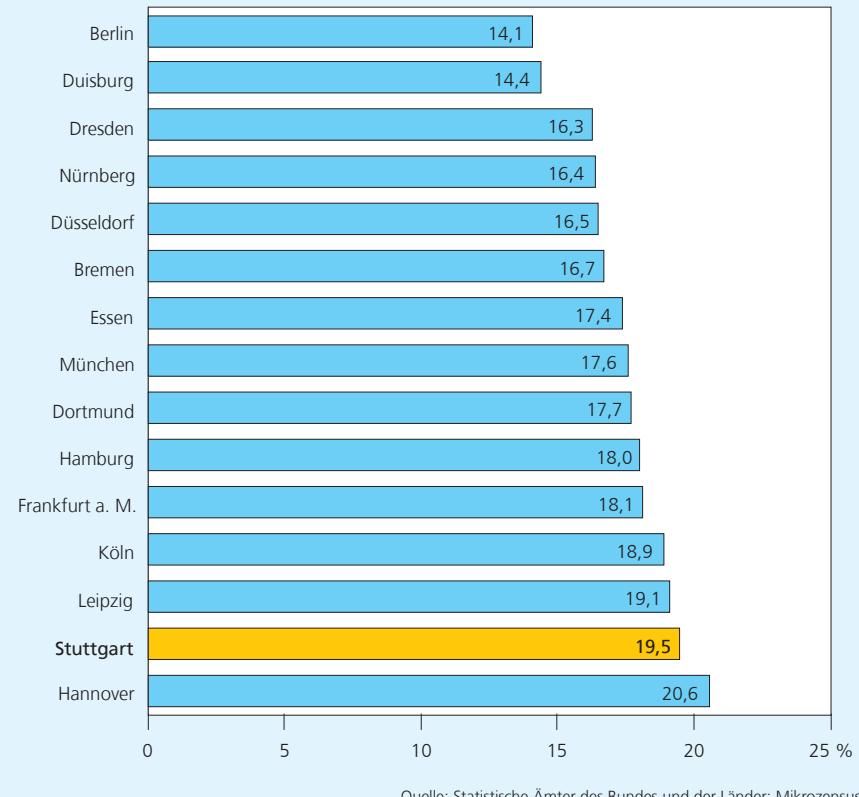
oben auf die Plätze 9 und 10 gesetzt. Höhere Armutgefährdungsquoten wurden noch für die westdeutschen Städte Duisburg und Dortmund sowie die norddeutschen Städte Hannover und Bremen gemessen. Für Essen, Köln und Nürnberg ergeben sich dagegen bei der Armutgefährdungsquote auf Basis des Bundesmedians ähnliche Rangziffern wie für die Verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte.

Armutgefährdungsquote auf Basis des Medians der Stadt

Vollständig anderes Bild bei Armutgefährdungsquote auf Basis des Medians der Stadt, dem Indikator für intraregionale Einkommensdisparitäten

Ein komplett anderes Bild zeigt sich dagegen für die Armutgefährdungsquoten auf Basis des Medians der jeweiligen Stadt für das Jahr 2009, die – wie ausgedrückt – Hinweise für die Einkommensungleichgewichte innerhalb einer Stadt geben. Abbildung 5 zeigt für die Städte Berlin (14,1 %) und Duisburg (14,4 %) besonders niedrige Quoten, was auf dort eher geringe Einkommensdisparitäten hinweist. Auf den vier folgenden Plätzen mit Werten zwischen 16,3 und 16,7 Prozent liegt mit Dresden ebenfalls eine Stadt mit geringem Pro-Kopf-Einkommen, allerdings gehört auch Düsseldorf, das beim Verfügbaren Einkommen je Einwohner zur Spitzengruppe zählt, zu dieser Gruppe, ebenso Bremen und auch noch Nürnberg.

Abbildung 5: Armutgefährdungsquote in Städten mit mehr als 500 000 Einwohnern auf Basis des Medians der jeweiligen Stadt 2009



Einkommensungleichgewichte besonders gering in Berlin, Duisburg und Dresden, ...

... besonders hoch in Hannover, Stuttgart, Leipzig und Köln

Auf den weiteren Plätzen folgen mit Werten zwischen 17,4 und 18,1 Prozent die beiden anderen Ruhrgebietsstädte, nämlich Essen und Dortmund, außerdem wiederum zwei Städte mit Höchstwerten beim Verfügbaren Einkommen, nämlich München und Hamburg. Auch Frankfurt am Main mit zwar recht niedrigem Verfügbaren, aber noch hohem Primäreinkommen pro Einwohner zählt hierzu.

Das gemessen an der Armutgefährdungsquote höchste intraregionale Einkommensungleichgewicht hat die Stadt Hannover mit einem Wert von 20,6 Prozent

aufzuweisen; davor, mit dem zweithöchsten Wert, steht Stuttgart mit 19,5 Prozent. Eine Armutgefährdungsquote von rund 19 Prozent wurde wiederum für zwei beim Einkommensniveau recht unterschiedliche Städte gemessen, nämlich für die beim Verfügbaren Einkommen je Einwohner unterhalb der Spitzengruppe liegende Stadt Köln und für die, gemessen an diesem Indikator, einkommensärmste Stadt Leipzig. Leipzig und Hannover sind damit die beiden Städte, die bei beiden Armutgefährdungsquoten hintere Plätze einnehmen.

Gründe für bemerkenswerte Besonderheiten

Konzeptionelle Unterschiede, weil VEK auch Einkommen der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck umfasst

Die über die Armutgefährdungsquote auf Basis des Medians der jeweiligen Stadt gemessene intraregionale Einkommensdisparität zeigt, ausgehend von den durchschnittlichen Einkommen der privaten Haushalte der jeweiligen Stadt, einige bemerkenswerte Besonderheiten, die Anlass zur weiteren Untersuchungen geben sollten.

Dabei ist zunächst aus konzeptioneller Sicht zu beachten, dass die hier betrachteten Einkommen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen – wie ausgeführt – auch Einkommen von privaten Organisationen ohne Erwerbszweck enthalten, die in einzelnen Städten durchaus finanziell stark sein können, außerdem fiktive Alterssicherungsbeiträge für Beamte und den Betriebsüberschuss im Zusammenhang mit eigengenutztem Wohneigentum. Alle drei Ursachen können beispielsweise für Stuttgart zu einer überproportionalen Aufstockung des Verfügbaren Einkommens gegenüber dem tatsächlichen Nettoeinkommen der privaten Haushalte führen, wie es über den Mikrozensus ermittelt wird.

Des Weiteren spielen unter inhaltlichen Aspekten ganze Ursachenbündel eine Rolle, die zu teilweise divergierenden Ergebnissen führen. Einige Beispiele seien genannt:

142
Universitätsstädte und Städte mit sozialen Problemlagen lassen hohe Armutgefährdungsquoten erwarten, aber es gibt auch gegenläufige Faktoren

Tendenziell hohe Armutgefährdungsquoten können sich für Universitätsstädte ergeben, weil die studentischen Einkünfte relativ niedrig sind und staatliche Transferleistungen in der Ausbildungsphase vergleichsweise gering ausfallen. Auch in Großstädten mit großen sozialen Problemlagen sind im Prinzip hohe Armutgefährdungsquoten zu erwarten. Allerdings kann die hierfür herangezogene 60-Prozent-Schwelle der Armutgefährdung in Städten mit geringem Durchschnittseinkommen auch schon so niedrig liegen, dass die Regelleistungen nach dem Arbeitslosengeld II und den für Unterkunft und Heizung gewährten Kosten bereits recht nahe an diese Durchschnittswerte herankommen; die Armutgefährdungsquote auf Basis des Medians der jeweiligen Stadt wird dadurch tendenziell nach unten gedrückt.

Weitere Untersuchungen erforderlich

Eine Untersuchung, die sich ausführlich mit den hier angesprochenen Fragen beschäftigt hat, kommt unter Abwägung verschiedener Aspekte unter anderem zu dem bemerkenswerten Ergebnis, dass bei vielen hier aufgerissenen Fragen die Ursachen nur vor Ort ermittelt werden können.⁸

3. Gesellschaftliche Ausgrenzung (gesellschaftliche Dimension)

Problemstellung

Soziale Unzufriedenheit kann von Einkommenslage abhängig sein, aber nicht nur

Informationen über „gefühltes Wohlbefinden“ und „erlebte Lebensqualität“ werden wichtig

Relativ niedrige Einkommen (interregionale Einkommensdisparitäten) und ebenso hohe Einkommensungleichheiten (intraregionale Einkommensdisparitäten) können zu sozialer Unzufriedenheit führen und ein Grund für das Gefühl gesellschaftlicher Ausgeschlossenheit sein. Allerdings können solche Defizite im materiellen Bereich einer Gesellschaft durch Solidarität, gute zwischenmenschliche Beziehungen oder ausgeprägte gesellschaftliche Einbindungen kompensiert werden.

Wichtig werden deshalb auch Informationen über das „gefühlte Wohlbefinden“ oder „erlebte Lebensqualität“. Solche subjektiven Einschätzungen können allerdings nur über entsprechende Umfragen bei den in einer Stadt oder Region lebenden Menschen gewonnen werden. Wichtige Hinweise hierzu enthält die 2009 zum dritten Mal in verschiedenen Städten Europas durchgeführte Urban-Audit-Befragung.

Bedauerlicherweise wurden in dieser Befragung 2009 nur elf der fünfzehn deutschen Städte mit mehr als 500000 Einwohnern einbezogen; keine entsprechenden Daten liegen für die Städte Hannover, Bremen, Dresden und Duisburg vor.⁹

Armut als Problem

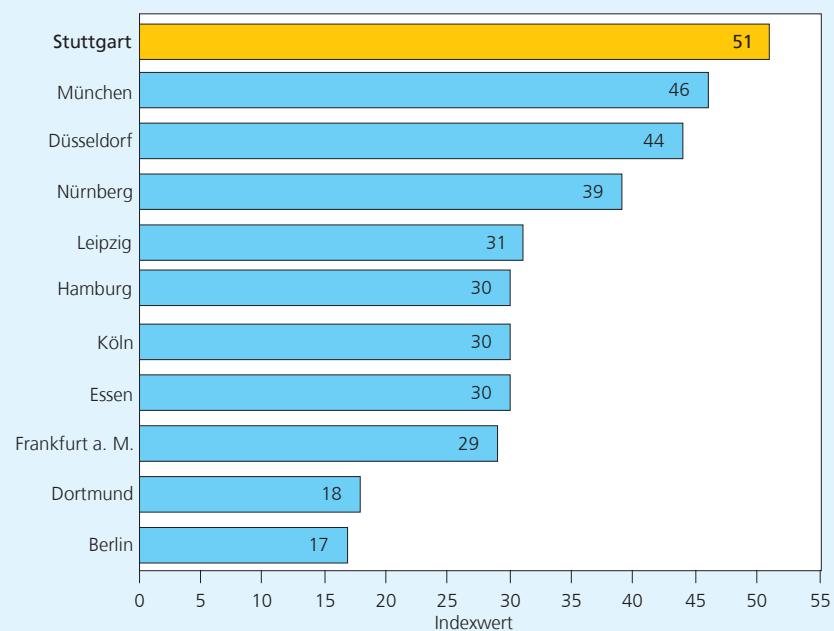
Umfragedaten nur für 11 Großstädte

„Gefühlte Armut“ wird in Stuttgart unter allen Städten am wenigsten als Problem empfunden

Eine der dort gestellten Fragen knüpft unmittelbar an den zuvor diskutierten Problemkreis der Armutgefährdung an; sie lautet „Ist Armut in Ihrer Stadt ein Problem?“.

In Abbildung 6 ist die Beantwortung dieser Frage dargestellt, und zwar dergestalt, dass eine hohe Punktezahl innerhalb der Skala zwischen 0 und 100 eine niedrige „gefühlte Armut“ ausdrückt. Demnach stellt Stuttgart unter den betrachteten elf Großstädten diejenige Stadt dar, in der Armut am wenigsten als Problem empfunden wird; als einzige Stadt liegt in Stuttgart die Punktzahl mit 51 gerade noch in der oberen Hälfte der Skala.

Abbildung 6: Armut als Problem¹ in Städten mit mehr als 500 000² Einwohnern 2009



¹ Die Fragestellung lautet: „Ist Armut in der Stadt ein Problem?“ Bei diesem Item wird aufgrund der negativen Frageformulierung die Aussage positiv skaliert, und zwar standardisiert für die Werte 0 bis 100. Je höher der Wert, um so geringer die Zustimmung zu der Aussage.

² Ohne die Städte Bremen, Dresden, Duisburg und Hannover, die nicht an der Befragung teilgenommen haben.

Quelle: Urban-Audit-Wahrnehmungserhebung 2009; Koordinierte Bürgerbefragung zur Lebensqualität in deutschen Städten 2009

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt

KomunIS

Auch in München und Düsseldorf ist „gefühlte Armut“ relativ gering

Gewisse Parallelität zum VEK

Dahinter sind mit München und Düsseldorf (46 beziehungsweise 44 Punkte) zwei weitere Städte platziert, die sich durch ein hohes Einkommensniveau auszeichnen, gemessen etwa am Verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner (vgl. Abbildung 3). Danach folgt mit Nürnberg (39 Punkte) eine weitere süddeutsche Stadt. 31 bis 29 Punkte weisen fünf Städte mit durchaus unterschiedlicher Struktur auf, nämlich Leipzig mit dem niedrigsten und Hamburg mit dem höchsten Einkommensniveau, außerdem Köln, Essen und Frankfurt am Main, die auch beim Verfügbaren Einkommen je Einwohner einen Mittelplatz einnehmen. Am Ende der Skala stehen Dortmund und Berlin mit lediglich 18 beziehungsweise 17 Punkten und damit zwei Städte, die auch beim Verfügbaren Einkommen hintere Ränge belegen.

Keine Korrelation zwischen „gefühlter Armut“ und Einkommensdisparität

Demzufolge ist für „gefühlte Armut“ weniger die Einkommensdisparität als die durchschnittliche Einkommenshöhe in der Stadt entscheidend

Bemerkenswerte Parallelität im Städte-ranking zwischen „gefühlter Armut“ und Ausländerintegration

144

Stuttgart als Stadt mit besonders hoher Lebensqualität

Dagegen zeigen sich bei einer Gegenüberstellung mit den Armutgefährdungsquoten auf Basis des Medians der jeweiligen Stadt, die Hinweise auf Einkommensdisparitäten innerhalb der einzelnen Städte geben, keine entsprechenden Gemeinsamkeiten in der Reihenfolge der Städte. Dies trifft insbesondere für die Städte Berlin und Stuttgart zu, die bei der Armutgefährdungsquote unter den elf Städten an erster beziehungsweise an letzter Stelle liegen, während bei der Frage nach dem Armutproblem Stuttgart am besten und Berlin am schlechtesten abschneidet. Dies heißt mit anderen Worten: Gerade in Stuttgart, das unter den elf befragten Städten die - gemessen an der Armutgefährdungsquote - höchste intraregionale Einkommensdisparität aufweist (vgl. Abbildung 5), ist die gefühlte Armut besonders niedrig ausgeprägt, während umgekehrt in Berlin als der Stadt mit der insoweit geringsten intraregionalen Einkommensungleichheit die Armut als besonders gravierend empfunden wird.

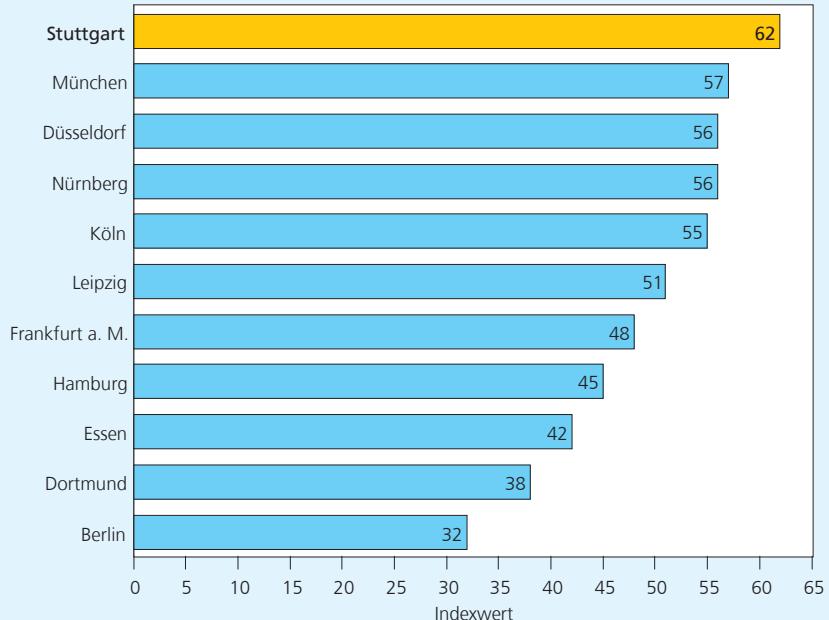
Dies könnte zu der Schlussfolgerung führen, dass sich die Menschen bei der Beantwortung der Frage, ob Armut in ihrer Stadt ein Problem darstellt, offensichtlich eher an der Höhe des Individualeinkommens im interregionalem Vergleich zwischen den Städten orientieren und weniger die Verhältnisse innerhalb der jeweiligen Stadt im Sinne eines intraregionalen Vergleichs im Blick haben. Bemerkenswerte Ausnahmen bilden vor allem Hamburg als die Stadt mit dem höchsten und Leipzig als die Stadt mit dem niedrigsten Einkommensniveau (vgl. Abbildung 3), die aber beide bei der Frage nach der Armut als Problem einen mittleren Platz einnehmen.

Integration von Ausländern

Unter dem Aspekt gesellschaftlicher Ausgrenzung wurde in der genannten Urban-Audit-Befragung eine weitere Frage untersucht, nämlich „Sind Ausländer, die in Ihrer Stadt leben, gut integriert?“ Die Ergebnisse sind in Abbildung 7 wiedergegeben. In der Gegenüberstellung zur gefühlten Armut (vgl. Abbildung 6) ergeben sich ganz bemerkenswerte Parallelitäten in der Rangabfolge: An der Spitze liegt wiederum Stuttgart (62 Punkte) vor München, Düsseldorf, Nürnberg und Köln mit 57 bis 55 Punkten. Frankfurt, das sich durch einen besonders hohen Anteil ausländischer Mitbürger auszeichnet, hat sich mit 48 Punkten noch vor Hamburg und die beiden Ruhrgebietsstädte Essen und Dortmund geschoben. Am Ende bleibt allerdings auch hier mit recht deutlichem Abstand die Bundeshauptstadt Berlin. Leipzig belegt mit 51 Punkten erneut einen mittleren Platz.

Stuttgart wird also als eine Stadt empfunden, bei der trotz ausgeprägter Einkommensdisparität unter den dort lebenden Menschen und einem großen Anteil ausländischer Mitbürger und Migranten eine hohe Lebensqualität besteht, die dort lebenden Menschen sich in der baden-württembergischen Landeshauptstadt also offensichtlich recht wohl fühlen.

Abbildung 7: Integration von Ausländern¹ in Städten mit mehr als 500 000 Einwohnern² 2009



¹ Die Fragestellung lautet: „Sind Ausländer, die in der Stadt leben, gut integriert?“ Die Befragungsergebnisse sind auf Werte zwischen 0 bis 100 standardisiert. Je höher der Wert, um so größer die Zustimmung zu der Aussage.

² Ohne die Städte Bremen, Dresden, Duisburg und Hannover, die nicht an der Befragung teilgenommen haben.

Quelle: Urban-Audit-Wahrnehmungserhebung 2009; Koordinierte Bürgerbefragung zur Lebensqualität in deutschen Städten 2009

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt

KommIS

145

4. Öffentliche Verschuldung (fiskalische Dimension)

Qualität des öffentlichen Lebens jetzt und in Zukunft wird auch von der Verschuldung einer Stadt bestimmt

Die Qualität des öffentlichen Lebens wird maßgeblich auch davon bestimmt, in welchem Umfang die Kommune öffentliche Einrichtungen zur Verfügung stellt oder öffentliche Aufgaben im Interesse der in der Stadt und ihrer Region lebenden Menschen übernimmt. Dies hängt in entscheidendem Maße von den finanziellen Spielräumen der betreffenden Stadt ab und damit – neben der Höhe laufender Einnahmen – auch von den Belastungen durch Zins und Tilgung aufgelaufener Schulden. Dementsprechend prägt das Ausmaß der Verschuldung einer Kommune das öffentliche Leben und den Wohlstand der dort lebenden Menschen in der Gegenwart und noch mehr in der Zukunft.

Kommunale Verschuldung steht außerdem für Nachhaltigkeit

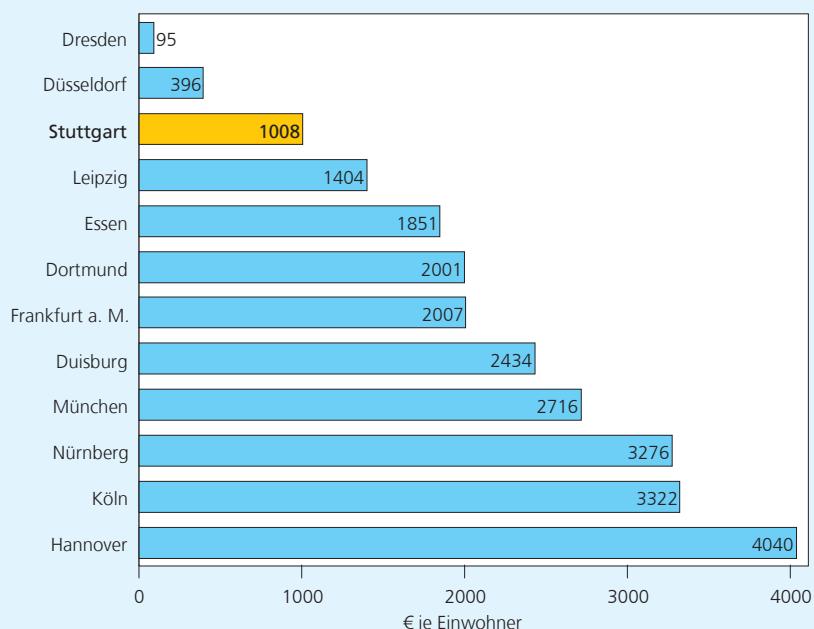
Die kommunale Verschuldung einer Stadt ist somit ein geeigneter Indikator, um die Aspekte privaten Reichtums beziehungsweise privater Armut zu ergänzen, die hier mit Blick auf die ökonomische Dimension (Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen, Einkommen je Einwohner) oder die sozio-ökonomische Dimension (Armutgefährdungsquoten) zum Ausdruck gebracht wurden. Er steht gleichzeitig für die Nachhaltigkeit politischen Handelns, weil ein hoher Schuldenstand nicht nur die Möglichkeiten kommunaler Aktivitäten einschränkt, sondern auch für die Erfordernis künftiger Zins- und Tilgungsleistungen beziehungsweise höherer Steuern und Gebühren steht, die von künftigen Generationen aufzubringen sind.

Verschuldungsgrad der Großstädte sehr unterschiedlich ausgeprägt

In Abbildung 8 sind die Pro-Kopf-Schulden der zwölf größten Städte (ohne Stadtstaaten) einschließlich ihrer rechtlich unselbstständigen Einrichtungen (Fonds, Einrichtungen und Unternehmen) zum 31. Dezember 2009 aufgelistet. Das Schaubild zeigt extreme Unterschiede zwischen diesen Städten. Auf der einen Seite steht die sächsische Landeshauptstadt Dresden, der es gelungen ist, durch den Verkauf von 48 000 bis dahin kommunalen Wohnungen im Jahre 2006 nahezu alle Schulden abzubauen – am Ende des Jahres 2009 beliefen sich die kommunalen Schulden Dresdens auf nur noch 95 € pro Einwohner. Am anderen Ende der Skala steht die Stadt Hannover mit 4040 € je Einwohner kommunaler Schulden.

Dresden fast schuldenfrei, ...

Abbildung 8: Kommunale Schulden¹ je Einwohner in Städten mit mehr als 500 000 Einwohnern² am 31. Dezember 2009



¹Schulden der Städte einschließlich ihrer rechtlich unselbstständigen Einrichtungen.

²Ohne die Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Schulden der öffentlichen Haushalte 2009

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt

KomunIS

... danach folgen Düsseldorf und Stuttgart

Keine ausgeprägte Parallelität zwischen Schuldenstand und Wirtschaftskraft erkennbar

Mit 396 € je Einwohner hat die nordrhein-westfälische Hauptstadt Düsseldorf ebenfalls einen relativ niedrigen Schuldenstand aufzuweisen, danach folgt bereits Stuttgart mit 1008 € je Einwohner, und zwar vor Leipzig, der zweiten sächsischen Großstadt mit 1404 € je Einwohner. Die nächsten vier Plätze nehmen die drei Ruhrgebietsstädte Essen, Dortmund und Duisburg sowie Frankfurt am Main ein – der Schuldenstand lag in diesen Städten Ende 2009 zwischen 1851 und 2434 € je Einwohner. Schon etwas höher war der kommunale Schuldenstand in den bayerischen Städten München und Nürnberg mit 2716 beziehungsweise 3276 € je Einwohner, gefolgt von Köln mit 3322 € je Einwohner.

Es scheint, als ob die Höhe der kommunalen Verschuldung unter den zwölf Städten (ohne Stadtstaaten) weitgehend eigenen Besonderheiten folgt. Insbesondere ist keine ausgeprägte Parallelität zur Wirtschaftskraft oder zum Einkommensniveau festzustellen. Immerhin gehört Stuttgart zusammen mit Düsseldorf zu den wirtschaftsstarken Städten, die auch eine niedrige Verschuldung aufzuweisen haben.

5. Natur- und Ressourcenverbrauch (ökologische Dimension)

Ökologischer Aspekt sehr wichtig für Wohlbefinden von Menschen

„Ökologischer Fußabdruck“ des „Denkwerks Zukunft“ ...

... steht für Städte nicht zur Verfügung

Zweifelsohne gehören Fragen der Umweltbelastung zu dem Bereich des Lebens, der für das Wohlbefinden der Menschen von zentraler Bedeutung ist. Luftqualität, Sauberkeit des Wassers, Lärmbelästigung und frei zugängliche Natur sind Stichworte, die Teil eines umfassenden Umweltsystems sind.

Das „Denkwerk Zukunft“ hat als Indikator für die Umwelt den Natur- und Ressourcenverbrauch gewählt und hierbei den sogenannten „ökologischen Fußabdruck“, der unter anderem die Wald-, Ackerland- und Siedlungsfläche misst, die eine Bevölkerung für die Produktion der von ihr konsumierten Güter und Dienste sowie die Absorption der dabei erzeugten Emissionen benötigt.

Ein solcher komplexer Indikator zur Messung umfassender ökologischer Tatbestände steht für Städte nicht zur Verfügung. Deshalb wird hier auf den für alle Stadt- und

Beim hier verwendeten Anteil der Siedlungs- und Verkehrsflächen an der Gesamtfläche sind erhebliche inhaltliche Abstriche zu machen

Geringster Siedlungs- und Verkehrsflächenanteil in den beiden sächsischen Städten, ...

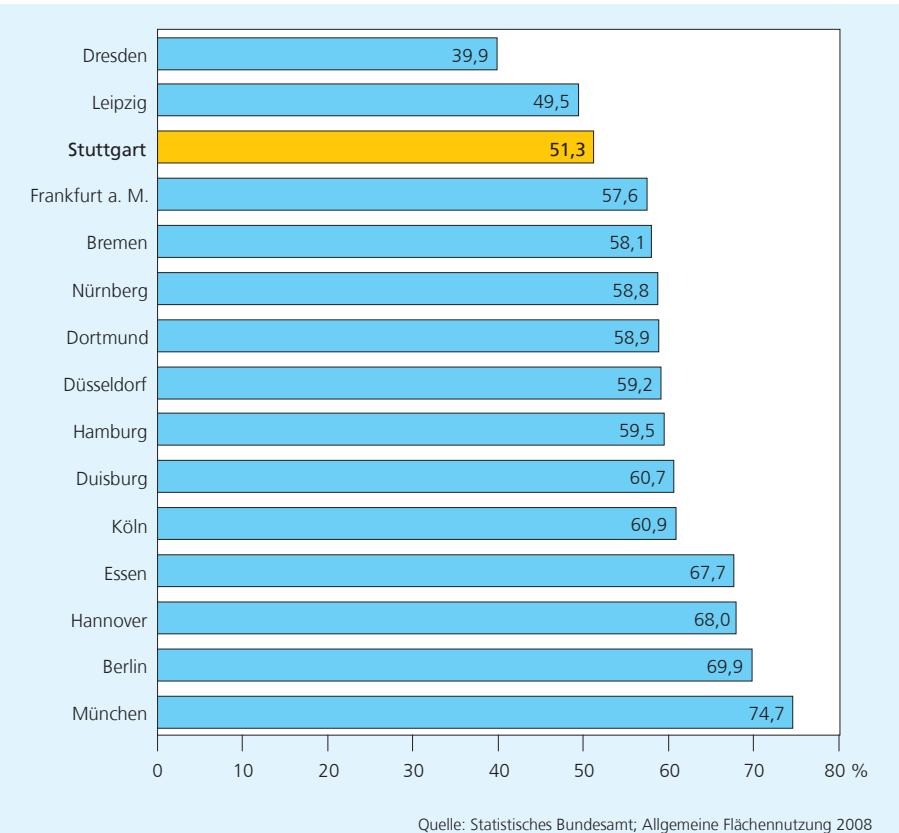
... aber auch in Stuttgart nur bei gut der Hälfte

Landkreise ermittelbaren Anteil der Siedlungs- und Verkehrsflächen an der Gesamtfläche einer Stadt abgehoben, der von der amtlichen Statistik über die Flächenerhebung, zuletzt zum 31. Dezember 2008, zur Verfügung gestellt wird.

Gegenüber dem ökologischen Fußabdruck weist diese Quote erhebliche Abstriche auf, sie kann natürlich die ökologische Situation einer Stadt keineswegs so umfassend beschreiben. Auch ist darauf hinzuweisen, dass der Anteil der Siedlungs- und Verkehrsflächen in beträchtlichem Maße von den topografischen Gegebenheiten einer Stadt abhängt, außerdem von administrativen Faktoren, nämlich in welchem Umfang eher ländlich strukturierte, also dünn besiedelte Vororte zum Gebiet einer Großstadt zählen, beziehungsweise schließlich von dem für die Stadtplanung wichtigen Umstand, ob die Stadt eher mit steigenden oder eher mit sinkenden Bevölkerungszahlen rechnen kann.

Abbildung 9 zeigt den Anteil der Siedlungs- und Verkehrsflächen an der Gesamtfläche der fünfzehn Großstädte zum 31. Dezember 2008. Weniger als die Hälfte der Gesamtfläche bedeckt die Siedlungs- und Verkehrsfläche in den beiden ostdeutschen Städten Dresden (39,9 %) und Leipzig (49,5 %). Danach folgt bereits Stuttgart mit einem Anteil von 51,3 Prozent. Neben anderen Kriterien spielt hierfür sicherlich auch die topografische Lage dieser Stadt „zwischen Wald und Reben“ eine wichtige Rolle.

Abbildung 9: Anteil der Siedlungs- und Verkehrsflächen an der Gesamtfläche in Städten mit mehr als 500 000 Einwohnern am 31. Dezember 2008



Über zwei Drittel Siedlungs- und Verkehrsflächenanteil in München, Berlin, Hannover und Essen

Die weitere Reihenfolge der Großstädte folgt keinen klaren Regeln. Nimmt man die neben Stuttgart vier anderen Städte mit hoher Wirtschaftskraft, so folgt auf dem 4. Platz Frankfurt am Main mit 57,6 Prozent, Düsseldorf und Hamburg belegen mit 59,2 beziehungsweise 59,5 Prozent einen ungefähr mittleren Platz; den höchsten Anteil hat München zu verzeichnen – nahezu drei Viertel der Gesamtfläche der bayrischen Metropole entfallen auf Siedlungs- und Verkehrsflächen. Eine Quote von mehr als zwei Dritteln haben außerdem die Städte Berlin, Hannover und Essen aufzuweisen.

Statistischer Nachholbedarf bei ökologischen Indikatoren für Städte

Wie ausgeführt kann der Anteil der Siedlungs- und Verkehrsflächen an der Gesamtfläche einer Stadt nur mit beträchtlichen Abstrichen als ein Indikator für den Natur- und Ressourcenverbrauch beziehungsweise Aspekte der Umweltbelastung betrachtet werden. Dies ist Teil des Problems, dass die amtliche Statistik keine wirklich geeigneten, umfassenden Indikatoren zur Messung der Umweltqualität für Stadt- und Landkreise zur Verfügung stellen kann. So sind unter den hier erforderlichen Qualitätsaspekten Daten über den Wasserverbrauch, die Abwasserbeseitigung oder die Abfallentsorgung wenig hilfreich. Und andere Indikatoren, wie beispielsweise der CO₂-Ausstoß für Gemeinden beziehungsweise Stadt- und Landkreise, werden nur punktuell in einigen Statistischen Landesämtern berechnet, nicht jedoch durchgängig für alle Kreise der Bundesrepublik Deutschland.

Autor:

Dr. Werner Münzenmaier

Telefon: (0711) 279-3517

E-Mail: werner.muenzenmaier@fm.bwl.de

- 1 Dr. Werner Münzenmaier war Referent im Statistischen Landesamt Baden-Württemberg und dort unter anderem für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zuständig.
- 2 Vgl. zum Beispiel Statistisches Bundesamt (Hrsg): Wohlfahrtsmessung – Beiträge aus Wissenschaft und amtlicher Statistik zum Stiglitz-Sen-Fitoussi-Report, 19. Wissenschaftliches Kolloquium gemeinsam mit der Deutschen Statistischen Gesellschaft, 11. - 12. Dezember 2010, Wiesbaden (Programmheft); vgl. auch Braakmann, Albert: Zur Wachstums- und Wohlfahrtsmessung - Die Vorschläge der Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission und der Initiative "BIP und mehr", in: Wirtschaft und Statistik, Jahrgang 2010, Monatsheft 7, S. 609 - 614.
- 3 Vgl. Münzenmaier, Werner: Zur Messung des Wohlstands in Großstädten – Überlegungen für ein Indikatorenset, in: Statistik und Informationsmanagement, 70. Jahrgang (2011), Monatsheft 3, S. 94 - 103.
- 4 Vgl. Wahl, Stefanie/Schulte, Martin/Butzmann, Elias: Das Wohlstandsquartett: Zur Messung des Wohlstands in Deutschland und anderen früh industrialisierten Ländern, herausgegeben vom Denkwerk Zukunft – Stiftung kulturelle Erneuerung, Bonn 2010.
- 5 Vgl. hierzu und im Folgenden Münzenmaier, Werner: Indikatoren zu Wirtschaftskraft und Einkommenssituation deutscher Großstädte im Jahre 2002 - Vergleichende Darstellung anhand von regionalen Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, in: Thünen-Series of Applied Economic Theory - Thünen-Reihe Angewandter Volkswirtschaftstheorie, herausgegeben von der Universität Rostock, Working Paper No. 51 (2005), S. 29 - 81.
- 6 Vgl. Münzenmaier, Werner: Stuttgart bleibt bei gesamtwirtschaftlichen Indikatoren an der Spitze der Großstädte – Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 2005, in: Statistik und Informationsmanagement, 66. Jahrgang (2007), Monatsheft 9, S. 278 - 280; derselbe: Wirtschaftskraft und Einkommenssituation in fünf deutschen Großstädten und ihren Regionen, in: Statistik und Informationsmanagement, 68. Jahrgang (2009), Monatsheft 2, S. 41 - 62.
- 7 Die nachfolgenden Ausführungen lehnen sich an zwei Aufsätze des Statistischen Landesamts Baden-Württemberg an, die sich mit diesen Fragen ausführlich beschäftigt haben: Vgl. Krentz, Ariane: Armutgefährdung in Baden-Württemberg; dieselbe: Ermittlung der Armutgefährdungsquoten und Armutgefährdungsschwellen - Methodische Grundlagen zur Messung von Armut, in: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg, Jahrgang 2011, Monatsheft 1, S. 11 - 15 beziehungsweise S. 16/17.
- 8 Vgl. Eichhorn, Lothar/Huter, Jessica/Ebigit, Sascha: Reiche und arme Regionen, Reichtum und Armut in den Regionen - Zur sozialen Geographie Deutschlands, in: Statistische Monatshefte Niedersachsen, Jahrgang 2010, Monatshesft 6, S. 286 - 304, insbesondere S. 291 - 298.
- 9 Vgl. Schöb, Anke: Stuttgart im europäischen Städtevergleich - Ergebnisse der dritten europäischen Urban Audit-Befragung 2009, in: Statistik und Informationsmanagement, 69. Jahrgang (2010), Monatsheft 11, S. 237 - 272.